

Finanzentwicklung der Sozialversicherung	693
Zur Entwicklung des deutschen Außenhandels mit Ostasien in den Jahren 1991 bis 1994	698

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 40/95

Berlin

5. Oktober 1995

62. Jahrgang

Stöglin

Finanzentwicklung der Sozialversicherung

Die Forderungen nach einem Umbau des Sozialstaates werden mit dem Argument untermauert, daß die hohen sozialen Leistungen nicht mehr zu finanzieren seien. Dies sei auch darauf zurückzuführen, daß die durch das gegebene soziale Sicherungssystem bedingten Aufwendungen den Faktor Arbeit so teuer machen, daß er nicht mehr ausgelastet werden könne.

Die Diskussion über den Umbau des Sozialstaates zielt zum einen auf eine Verlagerung der Zuständigkeit oder Trägerschaft und zum anderen auf eine Reduzierung des Niveaus der Absicherung. Die sozialen Sicherungsaufgaben werden in der Bundesrepublik Deutschland von verschiedenen Trägern übernommen. Im Sinne des Subsidiaritätsgedankens sind die privaten Haushalte zunächst in ihrer Eigenverantwortung für ihre Absicherung gefordert. Daneben fallen den Arbeitgebern Aufgaben zu, und einen großen Teil der Sicherungsfunktion nimmt unmittelbar der Staat wahr.

Die Gebietskörperschaften sind für einen Teil der staatlichen Aufgaben zuständig; ihre Leistungen werden überwiegend aus Steuermitteln erbracht. Die Aufgaben der Sozialversicherung¹ werden vor allem über Beiträge finanziert, die Berechtigung zum Beziehen einer Leistung und die Beitragszahlung setzen die Mitgliedschaft in der Versicherungsgemeinschaft voraus². In Anlehnung an das Versicherungsprinzip wird auch in der Sozialversicherung von einem Risiko, das zu versichern ist, ausgegangen. Allerdings wird durch die Einbeziehung von Umverteilungsaspekten die Äquivalenz zwischen dem individuell zu versichernden Risiko und der Beitragszahlung durchbrochen. Die uneingeschränkte Anwendung des Äquivalenzgedankens würde dem Sinn der „Sozial“-versicherung nicht

gerecht. Denn es besteht ein gesellschaftlicher Konsens darüber, daß der einzelne bestimmte Risiken nicht in eigener finanzieller Verantwortung abdecken muß, soweit sie mit einer gesellschaftspolitisch erwünschten familiären Situation zusammenhängen, die die individuelle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einschränkt. In diesen Fällen hat die Sozialversicherung die Funktion, die Äquivalenz zwischen Beitrag und Leistung außer Kraft zu setzen. Die Mitversicherung von Familienangehörigen in der gesetzlichen Krankenversicherung wird z.B. zu derartigen sozialversicherungsadäquaten Leistungen gezählt.

Darüber hinaus gibt es Leistungen der Sozialversicherung, die nicht als sozialversicherungsadäquat einzustufen sind — meist wird hier von versicherungsfremden Leistungen gesprochen. Wie groß der Umfang solcher Leistungen zu bemessen ist, hängt in erster Linie an der Funktion, die den sozialen Leistungen zugewiesen wird. Trotz dieser Abgrenzungsprobleme hat sich eine weitestgehende Übereinstimmung bezüglich der Einstufung einiger Leistungen als versicherungsfremd herausgebildet. Neben den Kriegsfolgelasten und den Ausbildungskosten werden vor allem die Leistungen der Sozialversicherung, die Folgen der deutschen Vereinigung sind, als versicherungsfremd klassifiziert.

¹ Zur Sozialversicherung zählen die Rentenversicherung, die gesetzliche Krankenversicherung, die Arbeitslosenversicherung, die Landwirtschaftlichen Alterskassen, die gesetzliche Unfallversicherung, die gesetzliche Pflegeversicherung und (in Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) die Zusatzversicherungen im öffentlichen Dienst.

² Ausnahmen vom Deckungsprinzip über Beiträge bilden die Landwirtschaftlichen Alterskassen und die Rentenversicherung der Bergleute.

Tabelle 1

Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung

	1991	1992	1993	1994 ¹⁾	1995 ²⁾	1996 ²⁾	1992	1993	1994 ¹⁾	1995 ²⁾	1996 ²⁾
	Mrd. DM						Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH				
Einnahmen	573,56	628,35	679,84	712,13	743,00	783,80	9,6	8,2	4,7	4,3	5,5
Tatsächliche Sozialversicherungsbeiträge	484,38	531,50	563,77	602,77	638,00	682,50	9,7	6,1	6,9	5,8	7,0
Übertragungen der Gebietskörperschaften	74,11	80,60	100,20	94,94	92,20	90,30	8,8	24,3	-5,2	-2,9	-2,1
Vermögenseinkünfte	10,85	11,96	11,17	9,52	8,00	6,00	10,2	-6,6	-14,8	-16,0	-25,0
Übrige Einnahmen	4,22	4,29	4,70	4,90	4,80	5,00	1,7	9,6	4,3	-2,0	4,2
Ausgaben	551,58	630,60	672,91	708,53	748,55	771,90	14,3	6,7	5,3	5,6	3,1
Staatsverbrauch	189,06	217,94	220,32	236,85	257,96	269,80	15,3	1,1	7,5	8,9	4,6
dar.: Soziale Sachleistungen	161,94	186,47	186,76	197,96	215,78	226,50	15,1	0,2	6,0	9,0	5,0
Lfd. Übertragungen	360,39	410,18	449,94	469,06	487,94	499,45	13,8	9,7	4,2	4,0	2,4
dar.: Soziale Leistungen an private Haushalte	348,05	392,71	431,65	451,30	469,94	481,67	12,8	9,9	4,6	4,1	2,5
Lfd. Übertragungen an die übrige Welt	5,42	5,75	5,96	6,18	6,40	6,60	6,1	3,7	3,7	3,6	3,1
Übrige Ausgaben	2,13	2,48	2,65	2,62	2,65	2,65	16,4	6,9	-1,1	1,1	0,0
Finanzierungssaldo	21,98	-2,25	6,93	3,60	-5,55	11,90	.	.	.	.	.

¹⁾ Berechnungen des DIW. — ²⁾ Schätzungen des DIW.
Quellen: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18, Reihe 1.3. Konten und Standardtabellen 1994; Berechnungen des DIW.

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung in Deutschland wird stark durch die Vereinigungsfolgen geprägt.

Seit 1991 ist die Finanzentwicklung der Sozialversicherungen — gemessen am Finanzierungssaldo — starken Schwankungen unterworfen. Ein Grund dafür sind unter anderem die mehrfachen Veränderungen der Beitragsätze. Im ersten Jahr nach der deutschen Vereinigung schloß die Sozialversicherung mit einem hohen Überschuß (22 Mrd. DM) ab. Danach folgte ein Defizit. Mehr Einnahmen als Ausgaben wurden wieder in den Jahren 1993 und 1994 erzielt. Im Jahr 1995 werden dagegen die Ausgaben erneut die Einnahmen übertreffen. Im nächsten Jahr dürften die Sozialversicherungen insgesamt jedoch wieder schwarze Zahlen schreiben.

Die Finanzierungssalden der einzelnen Sozialversicherungsträger — vor allem nach alten und neuen Bundesländern differenziert — sind schwierig zu ermitteln, da das Statistische Bundesamt keine derartigen Trägerabrechnungen veröffentlicht. Probleme treten in zwei Bereichen auf:

- bei der Erfassung der Beitragseinnahmen und
- der Herausrechnung der Transfers zwischen den beiden Gebietsteilen.

Die Erfassung der den neuen oder alten Bundesländern zuzurechnenden Beiträge bereitet Probleme, weil Bei-

tragseinnahmen aus den neuen Bundesländern den alten zugerechnet werden. Zum einen sind die Verbuchungsstellen der überregional organisierten Krankenkassen in den alten Bundesländern angesiedelt und zum zweiten umfassen die Landesarbeitsämter mehrere Bundesländer.

Innerhalb der einzelnen Versicherungszweige werden erhebliche Unterstützungszahlungen von den westlichen an die östlichen Träger geleistet, und es werden bei der Bundesanstalt für Arbeit (BA), die allein als Träger für die Arbeitslosenversicherung zuständig ist, Beitragseinnahmen aus den alten Bundesländern zur Finanzierung von Aufgaben in den neuen Bundesländern verwendet.

Finanzierungssalden nach Trägern

Die folgende Übersicht für die drei wichtigsten Sozialversicherungsbereiche basiert auf den Abrechnungsergebnissen der einzelnen Versicherungsträger und führt die sich ergebenden Salden mit den Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusammen. Geringfügige Abweichungen gegenüber den von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausgewiesenen Salden sind durch unterschiedliche Abgrenzungen bedingt.

Die Arbeitslosenversicherung-Ost erforderte von Beginn an kräftige Finanzausschüsse. Die hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern verursachte hohe

Tabelle 2

Finanzierungssalden der Sozialversicherungsträger in Deutschland
Mrd. DM

		1991	1992	1993	1994	1995 ¹⁾
Rentenversicherung ²⁾	West	11,2	10,8	0,5	8,5	9,0
	Ost	0,7	-1,4	-7,9	-12,3	-15,4
	Summe	11,9	9,4	-7,4	-3,8	-6,4
Krankenversicherung	West	-5,2	-9,1	9,1	2,3	-6,0
	Ost	2,6	-0,2	1,3	-0,2	-2,0
	Summe	-2,6	-9,3	10,4	2,1	-8,0
Arbeitslosenversicherung	West	20,2	21,7	15,1	19,3	17,0
	Ost	-20,8	-35,5	-39,5	-29,6	-23,0
	Summe	-0,6	-13,8	-24,4	-10,3	-6,0
Sonstige Träger ³⁾		4,7	4,8	3,9	2,9	8,0
Insgesamt		13,4	-8,9	-17,5	-9,1	-12,4
BA-Defizitausgleich durch den Bund		7,1	10,0	25,5	11,2	6,0
Finanzierungssaldo (VGR)		22,0	-2,3	6,9	3,6	-5,6

¹⁾ Geschätzt. — ²⁾ Arbeiter und Angestellte. — ³⁾ Gesetzliche Unfallversicherung, Landwirtschaftliche Alterskassen, gesetzliche Pflegeversicherung, Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst.

Quellen: Abrechnungsergebnisse der einzelnen Versicherungsträger, Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18, Reihe 1.3. Konten und Standardtabellen 1994; Berechnungen des DIW.

Ausgaben sowohl für passive als auch für aktive Leistungen. 1992 entfielen fast 50 vH der gesamten Leistungen der BA auf Ausgaben in den neuen Bundesländern. Über Beitragsleistungen aus den östlichen Ländern konnte dies nicht finanziert werden. In den Jahren 1991 bis 1995 flossen bzw. fließen aus den im Westen anfallenden Überschüssen gut 93 Mrd. DM zur Unterstützung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in die neuen Länder. Darüber hinaus werden noch bis Ende dieses Jahres 55 Mrd. DM aus allgemeinen Steuermitteln aufzubringen sein, die vom Bund getragen werden.

Im Jahr 1996 wird die Bundesanstalt für Arbeit ihre Ausgaben ohne einen Bundeszuschuß finanzieren können. Allerdings werden die westdeutschen Arbeitnehmer weiterhin mit ihren Beiträgen die ostdeutschen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Höhe von über 20 Mrd. DM mittragen. Die Verbesserung der finanziellen Situation der BA ist vor allem der Begrenzung der Laufzeit des Altersübergangsgeldes zu verdanken. 1993 wurden noch knapp 13,5 Mrd. DM für Transfers dieser Art gezahlt; 1994 waren es noch gut 9 Mrd. DM³⁾. 1995 werden es nur noch 2,5 Mrd. DM sein.

Soweit bei der BA die Altersübergangsgelder entfallen, entstehen an anderer Stelle der Sozialversicherung allerdings neue Belastungen. Für die Personen, die vom Altersübergangsgeld in die Altersrente wechseln, müssen die

Rentenversicherungsträger einspringen. Hier ist eine erhebliche Expansion der Fälle bereits eingetreten. Altersübergangsgeld wird von der Bundesanstalt für Arbeit im übrigen — wie das Arbeitslosengeld — nur bis zu maximal 32 Monate gewährt. Für Personen, die über diese Laufzeit hinaus Altersübergangsgeld beziehen, muß der Bund — analog zur Arbeitslosenhilferegulierung — die Kosten übernehmen. 1993 hatte der Bund knapp 0,6 Mrd. DM dafür aufzubringen, im Jahr 1995 wird dieser Betrag auf 6,4 Mrd. DM steigen.

Zusätzlich entlastet wird die Bundesanstalt für Arbeit im Jahr 1996 durch das Jahressteuergesetz 1996. Die Abschaffung der dualen Förderung der Kindererziehung durch Kindergeld und Kinderfreibetrag führt, da im überwiegenden Teil das Kindergeld höher ausfällt, zumeist zum Wegfall des Kinderfreibetrages. Dies erhöht die Steuerschuld; folglich fallen die Nettoeinkommen (ohne Kindergeld) geringer aus. Da Arbeitslosengeld und Unterhaltsgeld an die Höhe des Nettoeinkommens gekoppelt sind, sinken diese entsprechend. Der einzelne Transferempfänger wird sich allerdings finanziell nicht verschlechtern, da er ja das — höhere — Kindergeld erhält.

³⁾ In den Jahren 1993 und 1994 erstatteten die Rentenversicherungsträger insgesamt 3,6 Mrd. DM für Leistungsbezieher, die vom Alter her bereits Altersrente hätten beziehen können.

Die finanzielle Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung in Ost- und Westdeutschland ist durch unterschiedliche Faktoren geprägt. In Westdeutschland kennzeichnen einerseits die kräftige Ausgabenexpansion in den Jahren 1991 und 1992 und andererseits die Folgen des 1993 wirksam gewordenen Gesundheitsstrukturgesetzes die Entwicklung.

Für die westdeutschen Träger zeichnet sich für das gesamte Jahr 1995 ein Defizit ab. Nach einem Fehlbetrag von 4,2 Mrd. DM im ersten Halbjahr kann sich insgesamt ein Defizit von 6 Mrd. DM ergeben. Geringer fiel es aus, wenn die Bekanntmachung des schlechten Abschlusses im ersten Halbjahr bereits kurzfristig zu einer Reduktion der Beanspruchungen und Verordnungen führte, denn ein Teil des Defizits ist auf eine sehr kräftige Ausweitung einiger Ausgabearten zurückzuführen. So haben z.B. die Ausgaben für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel in Westdeutschland um 11 vH zugenommen. Neben einem hohen Ausgabenwachstum führen allerdings auch reduzierte Einnahmen zu dem Defizit. So zahlt die Bundesanstalt für Arbeit für Empfänger von Unterstützungszahlungen vom 1.1.95 an um 20 vH gekürzte Beiträge an die Krankenversicherungsträger.

Die Situation im Gesundheitswesen in Ostdeutschland paßte sich in Struktur und Niveau der westdeutschen an. Auf der Einnahmenseite profitierten die Krankenversicherungsträger bisher von der günstigen Relation von beitragszahlenden Mitgliedern zu mitversicherten Mitgliedern. Aufgrund der kräftigen Ausgabensteigerungen wird für das erste Halbjahr des Jahres 1995 auch für die ostdeutschen Krankenversicherungsträger ein Defizit ausgewiesen. Bei unverändertem Ausgabeverhalten wird sich bis zum Ende des Jahres ein Defizit von knapp 2 Mrd. DM einstellen.

Die Rentenversicherungsträger und die sie tragenden Beitragszahler werden in immer stärkerem Maße mit den Vereinigungsfolgen belastet. Arbeitnehmer, die nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes über Regelungen der Vorruhestandszahlungen oder des Altersübergangsgeldes finanziell aufgefangen wurden, werden zum einen vorzeitig Rentenbezieher. Zum anderen wirken sich die Bestimmungen des Rentenüberleitungsgesetzes aus. So wird der Besitzstand per 31.12.1991 durch die Zahlung von Auffüllbeträgen geschützt. Dieser vollständige Schutz gilt bis zum Jahresende 1995. Pro Jahr belasten die Auffüllbeträge die Kassen der Rentenversicherungsträger noch mit knapp 6 Mrd. DM. Von 1996 an wird der Auffüllbetrag sukzessive durch Aufrechnung mit Rentensteigerungsbeträgen abgeschmolzen.

Gleichzeitig werden jetzt aber auch die im Rentenüberleitungsgesetz vorgesehenen Neuberechnungen der Bestandsrenten auf der Basis des Sozialgesetzbuches VI wirksam. Die Umstellung auf das in Westdeutschland geltende Berechnungssystem über Entgeltpunkte und aktuelle Rentenwerte führt zu einer Anhebung der Rentebeträge. Die relativ kräftigen Steigerungen der Rentenaus-

gaben in den neuen Bundesländern im Jahr 1995 sind zum größten Teil darauf zurückzuführen⁴.

Die westdeutschen Träger können die eigenen Ausgaben aus ihren Einnahmen voll finanzieren. Einnahmenüberschüsse werden zur Finanzierung der Ausgaben in den neuen Bundesländern verwendet. Darüber hinaus werden die Rücklagen der Rentenversicherungsträger im Zuge des Defizitausgleichs der ostdeutschen Träger abgebaut.

Die Höhe der Rücklagen, die von den westdeutschen Beitragszahlern gespeist werden, wird auch durch die Veränderungen der Beitragshöhe beeinflusst. Gerade die Höhe der Beitragssätze der Rentenversicherungen ist in den letzten Jahren häufigen Änderungen unterworfen gewesen.

Die Beitragssatzsenkungen zum April 1991 und zum Jahresanfang 1993 sind als Kompensation zu Anhebungen des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung vorgenommen worden. Zum 1.4.1991 wurde dieser von 4,3 auf 6,8 vH angehoben, zwischenzeitlich auf 6,3 vH verringert und zum 1.1.1993 erneut, um 0,2 vH auf 6,5 vH, erhöht.

Diese als Kompensation gedachte Senkung ist allerdings nur eine Verschiebung auf der Zeitachse. Die geringeren Beiträge führen zu geringeren Überschüssen und damit geringeren Rücklagen. Werden die Rücklagen in Anspruch genommen — wie es seit 1993 der Fall ist —, führt dies früher oder später zu einer Anhebung des Beitragssatzes. Dieser Zeitpunkt wird zum Jahresende 1995 erreicht. Die Rücklage wird dann nur noch gut eine Monatsausgabe betragen. Nach den Vorschriften des Sozialgesetzbuchs VI ist damit eine Anhebung des Beitragssatzes vorgeschrieben. Zu überlegen ist, ob diese Vorschrift in dem Sinne zu erweitern ist, daß kurzzeitige Beitragssatzänderungen, die offensichtlich keinen Bestand haben, ver-

⁴ Vgl. J. Genzke, Aktuelle Modellrechnungen über die finanzielle Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung. In: Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (Hrsg.). Die Angestelltenversicherung Heft 9/1995, Berlin.

**Beitragssätze zur Rentenversicherung
der Arbeitnehmer und Angestellten**

Zeitpunkt der Änderung	Beitragssatz ¹⁾
1.1.1991	18,7
1.4.1991	17,7
1.1.1993	17,5
1.1.1994	19,2
1.1.1995	18,6
1.1.1996 ²⁾	19,1

¹⁾ in vH des Bruttoarbeitsentgelts. — ²⁾ Geschätzt.

mieden werden⁵. Die Absenkung des Beitragssatzes zum 1.1.95 war im Sommer 1994 — im Vorfeld der Bundestagswahlen — als Kompensation für die Pflegeversicherung, die zum 1.1.95 fällig wurde, gedacht. Schon damals war absehbar, daß die Beitragssenkung nur vorübergehend sein konnte. Sie macht nun eine stärkere Anhebung notwendig.

Fazit

Deutlich wird, daß die westdeutschen Beitragszahler in erheblichem Maß zur Deckung des Defizits in den neuen Bundesländern beitragen. In den Jahren 1991 bis 1995 wurden allein aus den Beitragsüberschüssen 113 Mrd. DM in die neuen Bundesländer transferiert. Diese Aufwendungen schlagen direkt auf die Beitragshöhe durch. Die Politik wird unglaublich, wenn sie einerseits die Höhe der Belastung beklagt und diese durch Abbau der Leistungen reduzieren will, aber andererseits durch Verschiebung der Lasten in den Sozialversicherungsbereich die Belastung erhöht. Für einen großen Teil der in Ostdeutschland anfallenden Ausgaben besteht weitgehend Konsens darüber, daß sie aus allgemeinen Steuermitteln zu finanzieren sind, da hinter den Ausgaben die von allen Bürgern zu unterstützende Aufgabe der Angleichung der Lebensverhältnisse steht.

Die steigenden Sozialversicherungsbeiträge werden zum Anlaß genommen, die Höhe der sogenannten Lohnnebenkosten zu beklagen. Strittig ist, wie weit die Lohnkosten zu hoch sind und daher die wirtschaftliche Entwicklung hemmen. Das DIW hat mehrfach nachgewiesen, daß Lohnkosten, in denen die sogenannten Lohnnebenkosten enthalten sind, über einen längeren Zeitraum nur moderat gestiegen sind und nicht zu Lasten der Unternehmensgewinne gegangen sind. Dies wird meist übersehen, wenn auf die häufig genannten Relationen verwiesen wird, nach denen die sogenannten Lohnnebenkosten in Höhe von 80 bis 100 vH des „echten“ Lohns anfallen. Zudem sind der „echte“ Lohn und die „Lohnnebenkosten“ theoretische Konstrukte. So werden alle Zeiten, in denen nicht direkt

gearbeitet wird, bewertet und zu den Lohnnebenkosten gezählt. Dazu gehören die Fortdauer der Bezahlung während der Urlaubszeit, das Urlaubsgeld, sonstige Sonderzahlungen, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Arbeitsvorbereitungszeiten usw. Eine Senkung dieser Lohnkostenteile könnte im wesentlichen nur durch Streichung sozialer Besitzstände wie bezahltem Urlaub oder Lohnfortzahlung erreicht werden. Der „echte“ Lohn ist somit keinesfalls nur dem Bruttoentgelt gleichzusetzen.

Der Arbeitgeber hat zusätzlich zum Bruttoentgelt die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und sonstige Unternehmensleistungen wie Betriebsrenten oder Sonderzahlungen zu leisten. Wenn diese Belastung als zu hoch angesehen wird, dann sollte hier nach alternativen Lösungen gesucht werden und nicht nach Kappungsmaßnahmen, die für einzelne Gruppen (z.B. die Kranken bei der Kürzung der Lohnfortzahlung) besondere Einbußen mit sich bringen und sozial schwer zu rechtfertigen sind.

Gerade die indirekten Auswirkungen auf die Höhe des Arbeitslosengeldes durch die Umstellung des Kinderaltenausgleichs zeigen einen Weg für alternative Finanzierungsformen, die den Bereich der Sozialversicherung und damit auch die Beitragszahler entlasten können.

Werden die versicherungsfremden Leistungen z.B. über die Einkommensteuer finanziert, dann wird die Sozialversicherung direkt entlastet, die Finanzierungsbasis für die versicherungsfremden Leistungen wird verbreitert, eine stärkere Ausrichtung nach der Leistungsfähigkeit wird ermöglicht, die Unternehmen als Arbeitgeber werden entlastet, die Steuerbelastung des einzelnen steigt, und die Nettoquote als Relation des Bruttoeinkommens zum Nettoeinkommen wird kleiner. Die Folge ist, daß die Anpassungen für Arbeitslosengeld, Renten und sonstige einkommensbezogene Transfers geringer ausfallen. Dies würde die Sozialversicherung mittel- und langfristig stabilisieren, ohne daß es zu Lasten einzelner Gruppen geht.

⁵ Zur Zeit wird diskutiert, ob der Beitragssatz vom 1.1.1996 an sogar über die geplanten 19,1 vH des Bruttoarbeitsentgelts hinaus angehoben werden muß.

Zur Entwicklung des deutschen Außenhandels mit Ostasien in den Jahren 1991 bis 1994

Der Handel mit Ostasien hat für Deutschland an Bedeutung gewonnen; der Anteil dieser Ländergruppe an der gesamten Ausfuhr hat sich von 7,4 vH (1991) auf 10,2 vH (1994) erhöht. Das Expansionstempo der deutschen Exporte in diese Ländergruppe war deutlich höher als das der Exporte in die EU, nach Nordamerika und Osteuropa. Der Wachstumsimpuls in dieser Zeitspanne —

gemessen als Anteil der absoluten Veränderung der Exporte in diese Länder gegenüber dem Vorjahr bezogen auf die absolute Veränderung des Gesamtexports — war mit rund 18 vH beträchtlich. In Ostasien wurden in hohem Maße Investitionsgüter nachgefragt, bei denen Deutschland nach den USA weltweit das wichtigste Exportland ist.

**Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland mit Ostasien
In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik
Mill. DM**

	Warenhandel ¹⁾			Dienstleistungen ²⁾			Erwerbs- und Vermögens- einkommen	Übertra- gungen	Saldo der Leistungs- bilanz	Netto- Direkt- investitionen im Ausland ³⁾
	Ausfuhr (fob)	Einfuhr (fob)	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo				
	Saldo									
	Ländergruppe A ASEAN ⁴⁾									
1992	12 270	13 276	—806	1 539	2 954	—1 415	688	—397	—1 930	—235
1993	14 048	14 517	—469	1 625	3 354	—1 728	250	—438	—2 384	—236
1994	16 633	16 025	1 608	1 822	4 256	—2 432	771	—415	—466	—599
	Ländergruppe B (Südkorea, Taiwan, Hongkong)									
1992	13 898	17 260	—3 362	1 971	3 047	—1 066	—457	255	—4 630	46
1993	16 446	17 551	—1 105	2 063	3 062	—898	—157	8	—2 151	—361
1994	19 670	18 417	1 253	2 221	3 426	—1 204	—268	0	—219	—453
	Ländergruppe C (Indien, Pakistan)									
1992	3 973	3 464	508	819	816	4	261	—339	434	—28
1993	4 200	4 164	36	697	824	—126	270	—374	—193	—135
1994	4 508	4 415	92	817	1 017	—199	327	—448	—228	—140
	China									
1992	5 716	11 127	—5 411	351	412	—61	244	—96	—5 324	—233
1993	9 618	13 595	—3 977	433	471	—37	84	—61	—3 991	—112
1994	10 151	14 911	—4 760	358	582	—225	156	—74	—4 903	—384
	Japan									
1992	14 486	38 446	—23 961	3 375	2 624	751	—727	—224	—24 160	—324
1993	15 306	35 293	—19 987	3 509	2 611	897	—845	167	—19 768	—69
1994	17 323	34 598	—17 275	3 390	2 755	635	—391	77	—16 954	—690
	Insgesamt									
1992	50 343	83 573	—33 032	8 055	9 853	—1 787	9	—801	—35 610	—774
1993	59 618	85 120	—25 502	8 327	10 322	—1 892	—398	—698	—28 487	—913
1994	68 285	88 366	—19 082	8 608	12 036	—3 425	595	—860	—22 770	—2 266

¹⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik, einschließlich Ergänzungen zum Warenverkehr; abzüglich Fracht- und Versicherungskosten. — ²⁾ Einschließlich Fracht- und Versicherungskosten der Einfuhr. — ³⁾ Kapitalexport: —. — ⁴⁾ Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Brunei, Vietnam.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Wenn auch bei hochwertigen Gütern die Transportkosten vernachlässigbar sind, hat Japan aufgrund der größeren Nähe zu diesen Ländern Vorteile¹; die Marktnähe erleichtert eine intensivere und häufigere Akquisition. Die Strategie vieler deutscher Exportunternehmen ist daher darauf gerichtet, in Ostasien durch Direktinvestitionen präsent zu sein und so die Absatzchancen zu sichern und zu verbessern. Im Berichtszeitraum haben die deutschen Direktinvestitionen in diesen Ländern kräftig zugenommen, insbesondere 1994 sind sie sprunghaft gestiegen (vgl. Tabelle). Die Größenordnung der Investitionen ist allerdings — verglichen mit deutschen Investitionen in Europa oder Nordamerika — immer noch sehr gering.

Der Anteil der Importe aus den asiatischen Ländern an den gesamten Einfuhren Deutschlands hat sich weniger stark erhöht, von 13,5 vH (1991) auf 14,6 vH (1994). Der Anteil der Fertigwaren (Vorerzeugnisse und Enderzeugnisse) ist mit 87 vH (1994) bei der Einfuhr aus diesen Ländern nach wie vor deutlich höher als der entsprechende Anteil bei der Ausfuhr (75 vH). Hier haben die Vorerzeugnisse ein großes Gewicht. Dies erklärt sich vor allem aus dem Bemühen der deutschen Unternehmen, die Produktionskosten durch Verringerung der Fertigungstiefe (outsourcing) zu senken. Dies erleichtert besonders den preisgünstigen Anbietern aus Ostasien den Zugang zum deutschen Markt.

Das traditionelle deutsche Defizit im Warenverkehr mit Ostasien hat sich von 1991 bis 1994 halbiert und betrug zuletzt rund 19 Mrd. DM. Bemerkenswert ist, daß sich 1994 im Handel mit den ASEAN-Ländern sowie der Ländergruppe Korea, Taiwan und Hongkong sogar erstmals ein positiver Warenbilanzsaldo ergeben hat. Die Handelsbilanz mit Indien und Pakistan war 1994 wiederum nahezu ausgeglichen. Im Warenverkehr mit China war der Nettoimport 1994 mit 4,8 Mrd. DM dagegen höher als im Vorjahr. Zur Verbesserung des Saldos der Warenbilanz mit den ostasiatischen Ländern hat auch der weitere Abbau des Defizits mit Japan beigetragen. Dabei spielte eine Rolle, daß die D-Mark gegenüber der japanischen Währung in diesem Zeitraum deutlich an Wert verlor und damit die Einfuhren aus Japan teurer wurden.

In der Dienstleistungsbilanz mit den ostasiatischen Ländern hat sich das Defizit weiter erhöht; dazu haben vor allem die stark steigenden Ausgaben an die ASEAN-Länder beigetragen. Bemerkenswert ist, daß im Dienstleistungsverkehr mit Japan nach wie vor eine — wenn auch geringe — deutsche Überschußposition ausgewiesen wird. Die Entwicklung dieser Salden wird maßgeblich vom Reiseverkehr bestimmt. So wird im Reiseverkehr mit Japan ein Überschuß erzielt, mit den meisten anderen Ländern sind dagegen Defizite zu verzeichnen; das gilt besonders für Indien, Singapur und Thailand.

Verstärkter Warenhandel mit den ASEAN-Ländern

Die ostasiatischen Länder haben einen sehr unterschiedlichen Entwicklungsstand; darüber hinaus wird der

Außenhandel teilweise durch eine gemeinsame Zollpolitik (ASEAN) beeinflusst oder gänzlich durch Staatshandel (China) bestimmt. Der Anteil der ASEAN-Länder (Ländergruppe A) und der Länder Südkorea, Taiwan, Hongkong (Ländergruppe B) an der gesamten deutschen Ausfuhr war im Jahre 1991 mit jeweils rund 2 vH relativ gering; im Jahr 1994 hat sich der Anteil der beiden Ländergruppen auf 2,9 vH bzw. 2,6 vH erhöht. Die Exporte nach den ASEAN-Ländern haben erst im Jahr 1994 sprunghaft zugenommen; sie sind 1994 stärker als in alle übrigen ostasiatischen Länder — mit Ausnahme von Südkorea — gestiegen. Der Anteil der deutschen Exporte nach Japan sowie nach Indien und Pakistan (Ländergruppe C) ist mit rund 2,5 vH bzw. 0,5 vH von 1991 bis 1994 unverändert geblieben.

Am stärksten war im Berichtszeitraum die durchschnittliche Zuwachsrate der Exporte nach China; ihr Anteil an den gesamten deutschen Ausfuhren hat sich von 0,6 vH (1991) auf 1,5 vH (1994) erhöht. Dabei war der Zuwachs im Jahr 1994 mit rund 7 vH vergleichsweise gering, wenn man berücksichtigt, daß das Wirtschaftswachstum in China zum drittenmal in Folge eine zweistellige Rate aufwies². Das Tempo der Einfuhr aus China war 1994 erstmals seit 1991 höher als das der Ausfuhr. Der Anteil der Importe aus diesem Land an den gesamten Importen hat sich von 1,8 vH (1991) auf 2,5 vH (1994) erhöht. Das deutsche Defizit im Warenverkehr mit diesem Land hat sich gegenüber 1993 — damals war es leicht abgebaut worden — wieder ausgeweitet, auf knapp 5 Mrd. DM.

Die Einfuhren aus den ASEAN-Ländern haben am kräftigsten zugenommen. Der Anteil dieser Ländergruppe an der gesamten Einfuhr war mit 2,8 vH 1994 ebenso hoch wie der Anteil aus der Ländergruppe Südkorea, Taiwan, Hongkong, deren Anteil am Import ist im Zeitraum 1991 bis 1994 unverändert geblieben. Dabei waren in dieser Gruppe ganz unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten; während die Einfuhren aus Hongkong und Taiwan seit 1991 stetig zurückgegangen sind, haben die Importe aus Südkorea expandiert. Die Einfuhren aus Indien und Pakistan (Ländergruppe C) haben in der Grundtendenz zwar zugenommen, jedoch hat sich der geringe Importanteil (0,7 vH) nur wenig verändert. Japan ist mit einem Anteil an den deutschen Warenimporten von 5,6 vH (1994) nach wie vor das wichtigste Importland dieser Region. Allerdings sind die Lieferungen aus Japan seit 1991 stetig gesunken.

¹ Der Anteil der Ausfuhr in diese Region ist mit 18 vH (USA) und 42 vH (Japan) wesentlich höher als der entsprechende Anteil Deutschlands (ohne Japan im Jahr 1994: 8 vH)

² Vgl. VR-China: Dauerhafte Stabilisierung erfordert reformgetragene Balance zwischen Zentralstaat und Provinzen. Bearb.: Ernst Hagemann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23/95, S. 411-416. Zwar stiegen die chinesischen Importe 1994 mit einer Rate von 11 vH; erstmals haben die deutschen Exporteure jedoch vom Importsog dieses Landes unterdurchschnittlich profitiert.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Ostasien

	1991	1992	1993	1994	1991	1993	1994	1992	1993	1994
	Mill. DM				Anteile in vH			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH		
	Ausfuhr									
Ernährungsgewerbe, Land- und Forstwirtschaft	891	927	1 136	1 509	1,8	1,9	2,2	4,1	22,5	32,8
Bergbauliche Erzeugnisse	271	302	153	243	0,5	0,3	0,3	11,3	−49,1	58,7
Grundstoff- u. Produktionsgütergew.	11 430	11 425	13 323	15 298	23,1	22,2	21,8	−0,0	16,6	14,8
Chemische Erzeugnisse	8 310	8 238	9 168	10 776	16,8	15,3	15,4	−0,9	11,3	17,5
Investitionsgüter produz. Gewerbe	33 019	33 798	41 111	48 350	66,7	68,5	69,0	2,4	21,6	17,6
Maschinenbauerzeugnisse	12 831	13 417	15 912	18 443	25,9	26,5	26,3	4,6	18,6	15,9
Straßenfahrzeuge	8 887	9 177	11 538	13 250	18,0	19,2	18,9	3,3	25,7	14,8
Elektrotechn. Erzeugnisse	7 212	7 030	8 946	10 854	14,6	14,9	15,5	−2,5	27,3	21,3
Büromaschinen, ADV-Geräte	615	521	506	611	1,2	0,8	0,9	−15,3	−3,0	20,9
Verbrauchsgüter produz. Gewerbe	3 166	3 285	3 547	3 978	6,4	5,9	5,7	3,7	8,0	12,2
Textilien	784	830	824	887	1,6	1,4	1,3	5,9	−0,7	7,7
Bekleidung	223	265	264	314	0,5	0,4	0,4	18,9	−0,3	18,8
Sonstige Waren	701	1001	769	689	1,4	1,3	1,0	42,8	−23,2	−10,4
Insgesamt	49 478	50 737	60 039	70 081	100,0	100,0	100,0	2,5	18,3	16,7
	Einfuhr									
Ernährungsgewerbe, Land- und Forstwirtschaft	3 332	3 331	3 156	3 628	3,8	3,7	4,1	−0,0	−5,3	15,0
Bergbauliche Erzeugnisse	179	188	200	224	0,2	0,2	0,3	5,0	6,3	12,0
Grundstoff- u. Produktionsgütergew.	6 398	6 532	6 264	6 804	7,4	7,4	7,6	2,1	−4,1	8,6
Chemische Erzeugnisse	4 059	3 979	3 891	4 240	4,7	4,6	4,8	−2,0	−2,2	9,0
Investitionsgüter produz. Gewerbe	52 046	51 531	50 741	54 390	59,9	60,0	61,1	−1,0	−1,5	7,2
Maschinenbauerzeugnisse	3 874	3 660	3 293	3 429	4,5	3,9	3,9	−5,5	−10,0	4,1
Straßenfahrzeuge	12 694	12 677	11 075	9 318	14,6	13,1	10,5	−0,1	−12,6	−15,9
Elektrotechn. Erzeugnisse	20 472	19 438	19 906	23 050	23,6	23,5	25,9	−5,0	2,4	15,8
Büromaschinen, ADV-Geräte	8 733	9 575	9 788	11 321	10,1	11,6	12,7	9,6	2,2	15,7
Verbrauchsgüter produz. Gewerbe	24 241	22 210	23 403	23 079	27,9	27,7	25,9	−8,4	5,4	−1,4
Textilien	5 863	5 813	5 740	5 301	6,8	6,8	6,0	−0,9	−1,3	−7,6
Bekleidung	9 041	7 360	7 813	7 886	10,4	9,2	8,9	−18,6	6,2	0,9
Sonstige Waren	655	783	847	858	0,8	1,0	1,0	19,5	8,2	1,4
Insgesamt	86 851	84 574	84 610	88 983	100,0	100,0	100,0	−2,6	0,0	5,2

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Maschinenbau weiterhin wichtigste Exportbranche

Maschinenbauerzeugnisse sind beim Export in die ostasiatischen Länder mit reichlich einem Viertel die wichtigste Warengruppe. Die übrigen drei großen Exportbranchen hatten 1994 deutlich geringere Anteile an der Ausfuhr in diese Länder: Straßenfahrzeuge 19 vH, elektrotechnische Erzeugnisse und chemische Erzeugnisse jeweils rund 15 vH. Der Wachstumsimpuls, der von den einzelnen Branchen im Jahr 1994 ausging, war bei der chemischen Industrie und vor allem bei elektrotechnischen Erzeugnissen stärker als beim Maschinenbau und Straßenfahrzeugbau.

Die deutschen Exporte von Fertigwaren — in der Untergliederung der internationalen Handelsklassifizierung (SITC 7) — nach Ostasien zeigen, daß die Ländergruppen B und C sowie China überwiegend Maschinenbauerzeugnisse importieren (vgl. Tabelle). Von Japan werden dagegen zu rund zwei Dritteln Fahrzeuge und Fahrzeugteile aus Deutschland bezogen. Maschinenbauerzeugnisse haben beim Import von Fertigwaren nur einen Anteil von einem Fünftel. Hier zeigt sich, daß der Warenaustausch zwischen hochentwickelten Volkswirtschaften vermehrt auf dem Handel mit substitutiven Gütern beruht. Bei der Ausfuhr in die ASEAN-Länder haben Maschinenbau-

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit Ostasien bei Fertigwaren (SITC 7)
Anteile in vH¹⁾

	Maschi- nenbau	Büroma- schinen ADV	Nachrich- ten- technik	Elektr. Masch., Apparate	Beförde- rungs- mittel	nachrichtlich: ADV- Teile Kathoden- röhren		Maschi- nenbau	Büroma- schinen ADV	Nachrich- ten- technik	Elektr. Masch., Apparate	Beförde- rungs- mittel	nachrichtlich: ADV- Teile Kathoden- röhren		
	71-74	75	76	77	78,79	759	776	71-74	75	76	77	78,79	759	776	
	Ausfuhr							Einfuhr							
	Ländergruppe A ASEAN														
	1990	49	2	6	23	20	1	13	5	29	31	34	1	5	22
	1992	51	2	7	22	18	1	10	5	35	28	31	1	3	19
	1993	43	2	7	23	25	0	12	5	41	26	27	1	8	17
	Ländergruppe B (Südkorea, Taiwan, Hongkong)														
	1990	59	3	2	16	20	1	6	6	35	27	29	3	8	9
	1992	57	2	2	15	24	1	6	6	39	19	27	9	12	11
	1993	55	1	2	17	25	0	7	6	32	17	31	14	11	10
	Ländergruppe C (Indien, Pakistan)														
	1990	69	1	8	13	9	0	1	44	24	3	10	19	0	0
	1992	72	1	6	14	7	0	1	50	10	3	16	21	1	1
	1993	71	0	8	11	10	0	1	62	0	7	11	20	0	0
	China														
	1990	63	1	3	9	24	0	0	14	5	64	14	3	0	1
	1992	55	1	3	7	34	0	0	14	12	43	26	5	5	1
	1993	58	1	5	7	29	0	0	13	15	40	29	3	8	1
	Japan														
	1990	24	2	0	9	65	1	1	12	18	19	15	36	4	6
	1992	28	3	0	10	59	2	1	11	18	18	14	39	5	5
	1993	22	2	1	11	64	1	1	11	19	16	16	38	5	7
	Insgesamt														
1990	43	2	3	14	38	1	5	10	21	23	20	26	5	8	
1992	48	2	3	14	33	1	4	10	24	20	19	27	6	8	
1993	45	1	4	15	35	1	5	9	25	19	22	25	7	8	

¹⁾ Anteile am Außenhandel mit Fertigwaren (SITC 71-79) im jeweiligen Jahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

erzeugnisse mit reichlich 40 vH zwar ebenfalls den höchsten Anteil, jedoch haben elektrische Maschinen und Apparate sowie Beförderungsmittel mit rund einem Viertel ebenfalls ein starkes Gewicht. Güter der Nachrichtentechnik und Büromaschinen sind beim Export in diese Länder dagegen von geringerer Bedeutung.

Die Ausfuhren von elektrotechnischen Erzeugnissen nach Ostasien hatten 1993 und 1994 mit 27 vH bzw. 21 vH jeweils die höchsten Zuwachsraten. Dies galt 1994 auch für die Einfuhren. Es ist zu vermuten, daß der Handel mit komplementären Gütern — der für den Handel mit Niedriglohnländern charakteristisch ist — weiter intensiviert wurde. Bei

dieser Gütergruppe, die weltweit unter erheblichem Wettbewerbsdruck steht, hat die Verlagerung von Produktionsstätten und die Kooperation mit Unternehmen in Ostasien stark zugenommen.

Beim Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe, insbesondere dem Textil- und Bekleidungsgewerbe, war die Zunahme der Exporte von 1991 bis 1994 unterdurchschnittlich, so daß der Anteil dieser Gütergruppe am gesamten Export in die ostasiatischen Länder auf 5,7 vH (1994) zurückgegangen ist. Auch bei den Exporten des Grundstoffgewerbes hat sich der Anteil an den gesamten Exporten verringert. Dank hoher Nachfrage konnte das Ernäh-

rungsgewerbe überdurchschnittliche Exportsteigerungen erzielen; dagegen sind hier die Importe in deutlich geringerem Maße ausgeweitet worden.

Steigende Einfuhr von elektrotechnischen Erzeugnissen und ADV-Geräten

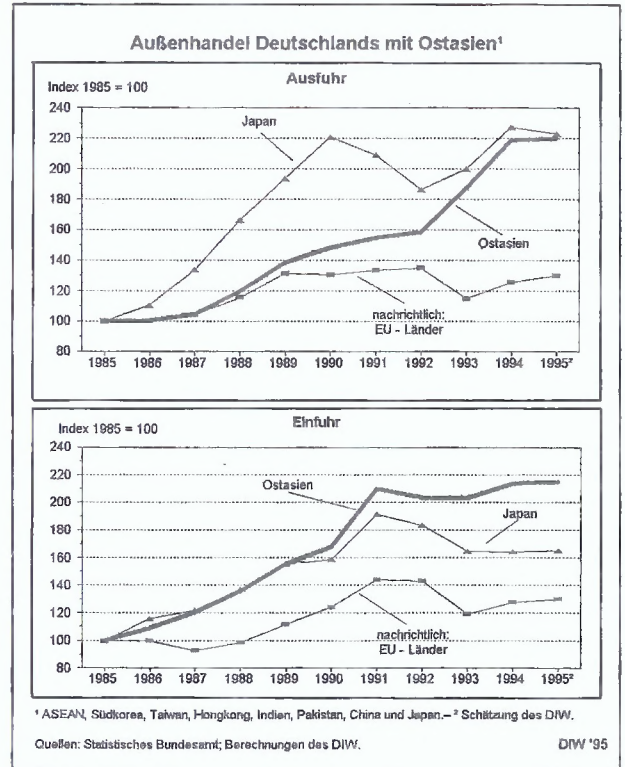
Bei den Importen aus Ostasien sind elektrotechnische Erzeugnisse die wichtigste Gütergruppe; der Anteil an der Einfuhr aus dieser Region hat sich im Untersuchungszeitraum um zwei Prozentpunkte auf rund 26 vH erhöht. In der Warengruppe Büromaschinen und ADV-Geräte wurde der entsprechende Anteil in diesem Zeitraum sogar um knapp drei Prozentpunkte auf 12,7 vH ausgeweitet. Wie die Analyse der Fertigwarenimporte in den einzelnen Gütergruppen zeigt, werden Büromaschinen und ADV-Geräte in zunehmendem Umfang aus den ASEAN-Ländern sowie aus China importiert; die Importe aus Indien sind dagegen im Jahr 1993 auf Null zurückgegangen. Auf Lieferungen von Gütern der Nachrichtentechnik hat sich offenbar China konzentriert; 40 vH der gesamten Einfuhren von Fertigwaren aus diesem Land zählen zu dieser Gütergruppe. Aus Indien und Pakistan sind die Bezüge von elektrotechnischen Gütern deutlich gesunken. Für diese Erzeugnisse sind neben China die Schwellenländer der Ländergruppe B und die ASEAN-Länder die wichtigsten Lieferanten.

Kräftig zurückgegangen sind die Bezüge von Straßenfahrzeugen und Fahrzeugteilen im gesamten Untersuchungszeitraum. Hier spielten vor allem die deutlich niedrigeren Importe von Kraftfahrzeugen aus Japan eine Rolle. Der Anteil der Straßenfahrzeuge an der Einfuhr aus Ostasien ist von 1991 bis 1994 um vier Prozentpunkte auf 10,5 vH gesunken. Auch bei Maschinenbauerzeugnissen, die allerdings mit rund 4 vH einen geringen Anteil an den Importen aus Ostasien haben, waren die Bezüge bis zum Jahr 1993 rückläufig. Erst im Jahr 1994 ist ein Anstieg zu verzeichnen, der jedoch unter dem durchschnittlichen Zuwachs aller Einfuhren aus Ostasien lag. Maschinenbauerzeugnisse werden überwiegend aus Japan, Indien und China importiert, wobei es sich in zunehmendem Maße um preiswerte Maschinenbauteile handelt.

Bemerkenswert ist, daß die Einfuhren von Textilien und Bekleidung im Untersuchungszeitraum gesunken sind. Dabei dürfte eine Verlagerung des Veredelungsverkehrs von Ostasien nach Osteuropa eine Rolle gespielt haben.

Ausblick

Die Handelsverflechtungen zwischen den EU-Ländern und den ostasiatischen Ländern werden zunehmend enger. Die politischen Institutionen in der EU, besonders jedoch die in Deutschland, sind bestrebt, Unternehmen bei



der Erschließung dieses Marktes zu helfen. Der Importsog, der von dem relativ hohen Wirtschaftswachstum in den meisten ostasiatischen Ländern ausgeht, macht es deutschen Unternehmen bei schwacher Konjunktur in Europa leichter, sich diese Absatzmärkte zu erschließen. Aufgrund des hohen Wachstumstempos in den zurückliegenden Jahren sind viele Volkswirtschaften in Ostasien inzwischen an Kapazitätsgrenzen gestoßen: auch die Infrastruktur — hier sind in erster Linie die Energieversorgung und die Verkehrswege zu nennen — wird zum Engpaß. Den deutschen Exporteuren von Investitionsgütern eröffnen sich damit große Chancen, ihre speziellen Wettbewerbsvorteile zu nutzen.

Das Wirtschaftswachstum wird sich 1995 in den meisten Ländern Ostasiens etwas verlangsamen, das gilt besonders für die großen Länder China und Japan. Der deutsche Export nach Ostasien wird daher gebremst werden. Die bis zum Mai 1995 verfügbaren Außenhandelsdaten zeigen bereits eine Verlangsamung an.

Die deutsche Einfuhr aus den asiatischen Ländern wird 1995 bei schwacher Binnenkonjunktur nur wenig größer sein als im Vorjahr. Die preiswerten Importe von Vorprodukten aus Ostasien werden nicht nur durch die konjunkturell schwächere Nachfrage, sondern auch durch die Konkurrenz aus den osteuropäischen Nachbarländern beeinträchtigt.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948.

- Nr. 137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. (3-428-05494-6). DM 22,60 / öS 177,— / sFr 23,—.
- Nr. 138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. (3-428-05485-7). DM 84,— / öS 656,— / sFr 84,—.
- Nr. 139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. (3-428-05497-0). DM 198,— / öS 1.545,— / sFr 198,—.
- Nr. 140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. (3-428-05638-8). DM 44,60 / öS 348,— / sFr 45,—.
- Nr. 141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. (3-428-05799-6). DM 22,60 / öS 177,— / sFr 23,—.
- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. (3-428-05800-3). DM 19,80 / öS 155,— / sFr 20,—.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. (3-428-06201-9). DM 56,— / öS 437,— / sFr 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. (3-428-06311-2). DM 54,— / öS 422,— / sFr 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. (3-428-06387-2). DM 82,60 / öS 645,— / sFr 83,—.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklung der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. (3-428-07253-7). DM 62,— / öS 484,— / sFr 62,—.
- Nr. 147 **Nationalstaat und Interdependenz — kooperative Interaktionsmuster in der EG-Handelspolitik.** Von Christian Siebert und Eirik Svinland. 250 S. 1992. (3-428-07380-0). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 148 **Familie und Erwerbstätigkeit im Umbruch.** Von Notburga Ott und Gert Wagner (Hrsg.). 252 S. 1992. (3-428-07479-3). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 149 **Rigide Preise, flexible Mengen — Ansätze zu einer dynamischen Analyse von Angebots- und Nachfrageschocks.** Von Heiner Flassbeck, Gustav Adolf Horn, Rudolf Zwiener. 254 S. 1992. (3-428-07521-8). DM 72,— / öS 562,— / sFr 72,—.
- Nr. 150 **Die Idee der Cash-flow-Steuer vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Steuersystems.** Von Stefan Bach. 474 S. 1993. (3-428-07984-5). DM 98,— / öS 765,— / sFr 98,—.
- Nr. 151 **Das Konvergenzproblem — Wirtschaftspolitik im Europa von Maastricht.** Von Fritz Franzmeyer (Hrsg.). 324 S. 1994. (3-428-08018-1). DM 88,— / öS 687,— / sFr 88,—.
- Nr. 152 **Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Reduktion.** Von Michael Kohlhaas und Barbara Praetorius. 192 S. 1994. (3-428-08075-0). DM 76,— / öS 593,— / sFr 76,—.
- Nr. 153 **Wirtschaftliche Auswirkungen einer ökologischen Steuerreform.** Von Stefan Bach, Michael Kohlhaas, Volker Meinhardt, Barbara Praetorius, Hans Wessels und Rudolf Zwiener. 234 S. 1995. (3-428-08292-3). DM 84,— / öS 656,— / sFr 84,—.
- Nr. 154 **Transferleistungen in die neuen Bundesländer und deren wirtschaftliche Konsequenzen.** Von Volker Meinhardt, Bernhard Seidel, Frank Stille und Dieter Teichmann. 104 S. 1995. (3-428-08293-1). DM 64,— / öS 500,— / sFr 64,—.
- Nr. 155 **Technologische Zusammenarbeit von Berliner Unternehmen mit den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas.** Von Alexander Eickelpasch und Ingo Pfeiffer. 100 S. 1995. (3-428-08411-X). DM 64,— / öS 500,— / sFr 64,—.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 64. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 2/95. 198 S. DM 136,—

Editorial. Von *Florian Straßberger* und *Harald Trabold*.

Die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Von *Harald Trabold*.

Systemische Wettbewerbsfähigkeit: Neue Anforderungen an Unternehmen und Politik. Von *Klaus Eßer*, *Wolfgang Hillebrand*, *Dirk Messner* und *Jörg Meyer-Stamer*.

Technischer Wandel und wirtschaftliches Wachstum: Einige jüngere Entwicklungen, empirische Ergebnisse und wirtschaftspolitische Konsequenzen. Von *Florian Straßberger*.

Die Internationalisierung von Forschung und Entwicklung multinationaler Unternehmen und die technologische Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaften. Von *Marian Beise* und *Heike Belitz*.

Zur technologischen Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft — *Eine ökonomische Beurteilung im längerfristigen und internationalen Vergleich*. Von *Dieter Schumacher*.

Aspekte der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrie. Von *Alexander Eickelpasch*.

EU-Politik zur Steigerung regionaler Wettbewerbsfähigkeit. Von *Christian Weise*.

Competitiveness of Central-Eastern European Countries. By *Ulrich Thießen*.

Internationale Wettbewerbsfähigkeit der südostasiatischen Schwellen- und Entwicklungsländer. Von *Ludger Lindlar*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 3/1995. 208 S. DM 142,—

Editorial. Von Prof. Dr. *Lutz Hoffmann*.

Finanzpolitisches Handeln und Vereinigungsprozeß — ein Rückblick auf fünf Jahre Deutsche Einheit. Von *Dieter Vesper*.
Geld und Währung in Deutschland seit der Währungsumstellung. Von *Reinhard Pohl*.

Die deutsche Vereinigung — ein Transferproblem. Von *Heiner Flassbeck*.

Die deutsche Vereinigung — Stimulus für die Weltwirtschaft? — *Ein Rückblick mittels ökonometrischer Simulationen*. Von *Gustav A. Horn* und *Rudolf Zwiener*.

Strukturen der Industrie in den neuen Bundesländern. Von *Karl Brenke*.

Die Privatisierungs- und Sanierungsstrategie der Treuhandanstalt: Eine Analyse aus transaktionskostentheoretischer Sicht. Von *Herbert Brücker*.

Strukturwandel von Nachfrage und Produktion in Ostdeutschland — *Veränderte Einschätzungen durch Berücksichtigung von Preisunterschieden*. Von *Martin Gornig* und *Claudius Schmidt-Faber*.

Income Effects of Unemployment and Short-Time Work in the East German Transformation Process. By *Johannes Schwarze*, *Ulrich Rendtel* and *Felix Büchel*.

Anlagevermögen und Produktionspotential in Ostdeutschland. Von *Bernd Görzig*.

Auswirkungen des Bevölkerungsrückganges in den neuen Bundesländern auf ausgewählte Infrastrukturbereiche. Von *Erika Schulz*.

Maßnahmen und Wirkungen der Umweltpolitik des Bundes in den neuen Ländern. Von *Heike Belitz*, *Dietmar Edler* und *Walter Komar*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Dr. Wolfram Schrettl, Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Finanzentwicklung der Sozialversicherung. Bearbeitet von Volker Meinhardt. —

Zur Entwicklung des deutschen Außenhandels mit Ostasien in den Jahren 1991 bis 1994. Bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten

ISSN 0012-1304